



# Stadt Kamen

Der Bürgermeister

Fachbereich Jugend und Soziales

## Beschlussvorlage

Vorlage

**Nr. 227/2000**

öffentlich

nichtöffentlich

TOP-Nr.	Beratungsfolge
	Jugendhilfeausschuss

Bezeichnung des TOP

Beteiligung von Jugendlichen an der politischen Willensbildung  
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2000  
Antrag der CDU-Fraktion vom 01.09.2000

Fachbereichsleiter/in	Dezernent	Bürgermeister	Datum

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Jugendkonferenzen vorzubereiten und die Rahmenbedingungen für die Durchführung dieser Konferenzen zu schaffen.

An der Vorbereitung sind in einem mehrstufigen Verfahren zunächst die Sprecher der Schülervvertretungen der weiterführenden Schulen und der Käthe-Kollwitz-Schule, in einer weiteren Runde diese gemeinsam mit bis zu zwei Sprechern des Stadtjugendringes, der Sportjugend, der politischen Jugendorganisationen, der Gewerkschaftsjugend und aus der kirchlichen Jugendarbeit und in einer dritten Runde bis zu 10 Vertreter der sog. informellen Treffs zu beteiligen.

In dieser dritten Runde sind dann auch zwei bis drei Themen aus den bis in die dritte Runde offenen Vorschlagsverfahren mehrheitlich auszuwählen.

In der dritten Runde ist ebenfalls über den Zeitpunkt der Veranstaltung, über den Veranstaltungsort, über den Kreis der Einzuladenden und über die Moderation mehrheitlich zu entscheiden.

Die durch den Moderator zusammengefassten Diskussionsergebnisse der Jugendkonferenzen sind durch die Verwaltung in die kommunalen Gremien einzutragen.

Es ist anzustreben, die Jugendkonferenzen zweimal jährlich durchzuführen.

Für die Vertreter der Schülerinnen und Schüler der Grundschulen ist jährlich eine Veranstaltung „Wir fragen das Rathaus“ zu organisieren.

### **Sachverhalt und Begründung (einschl. finanzielle Möglichkeit der Verwirklichung):**

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kamen legt mit Datum vom 25.08.2000 einen Antrag vor, jugendpolitische Konferenzen mit dem Ziel, Jugendliche an der politischen Willensbildung zu beteiligen, vorzubereiten.

Die CDU-Fraktion schlägt mit Antrag vom 01.09.2000 vor, die Verwaltung zu beauftragen, die Gründung eines „runden Tisches“ für Kinder und Jugendliche in Kamen zu organisieren und daran mitzuwirken.

Sowohl die SPD-Fraktion als auch die CDU-Fraktion wünschen, dass die Ergebnisse der Konferenzen in die Gremien eingetragen werden.

Die im Tenor im Wesentlichen übereinstimmenden Vorschläge der Fraktionen von SPD und CDU sind Grundlage der diese Intentionen ausführende Beschlussvorlage der Verwaltung.

Die Verwaltung ist zuversichtlich, die geplanten Jugendkonferenzen so vorzubereiten, dass noch vor der Sommerpause nach den vorgeschlagenen Beteiligungsrunden eine erste große, allen Jugendlichen zugängliche Jugendkonferenz, zu den mehrheitlich bestimmten Themenvorschlägen durchgeführt werden kann. Eine weitere Jugendkonferenz ist für den Spätherbst des nächsten Jahres möglich. Sie ist in gleicher Weise vorzubereiten. In der jeweils nächsten Konferenz ist durch die Verwaltung ein Bericht über den Sachstand der Bearbeitung der in der vorangegangenen Konferenz diskutierten Themen zu geben.

Es werden keine zusätzlichen Haushaltsmittel zu veranschlagen sein. Evtl. entstehende Kosten für eine Raummiete sind aus den für die Jugendarbeit bereitgestellten Mitteln zu finanzieren. Für die Einladung zu den einzelnen Runden sowie für die allen Jugendlichen in der Stadt anzubietende Konferenz sollen die Mittel der Medienarbeit und der Werbung über die Handzettel an den Schulen, in den Jugendheimen und in den informellen Gruppen genutzt werden.

Dass die Verwaltung mit ihrem Beschlussvorschlag eine Begrenzung der Themenvorschläge nach ihrer Zahl vorschlägt, entspricht ausdrücklich zeitökonomischen Gründen: Es ist anzunehmen, dass die in den Vorbereitungsrounden Beteiligten im Rahmen eines Brainstormings eine Vielzahl von Themenvorschlägen erarbeiten werden. Diese insgesamt in die Konferenzen einzutragen scheint nicht praktikabel: Aus arbeitstechnischen Gründen und wegen des Erfordernisses einer guten Vorbereitung empfiehlt die Verwaltung zwei bis drei Themen mehrheitlich bestimmen zu lassen.

Überdies ist – nach Abstimmung in der jährlich stattfindenden Schulleiterbesprechung – für die Klassensprecherinnen und Klassensprecher der Grundschulen eine Veranstaltung „Wir fragen das Rathaus“ durchzuführen.